

**N I E D E R S C H R I F T**  
**über die**  
**öffentliche Sitzung des Gemeinderates**  
**DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD**

**Tag:** Mittwoch, den 19.11.2025

**Ort:** Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße  
18, St. Georgen

**Beginn:** 17:30 Uhr

**Ende:** 20:35 Uhr

**ANWESEND:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Rieger

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Hartmut Breithaupt

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Bernhard Lobmeier

Herr Kai Noel

Herr Bernd Karsten Rieger

Frau Beate Rodgers

Herr Stefan Rosenfelder

Herr Dirk Schmider

Herr Lothar Schwarz

Herr Ernst Laufer

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Frau Karola Erchinger

Herr Gerd Haas

Frau Hedwig König

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Georg Wentz

**Sachkundige Einwohner**

Herr Franz Günter

Herr Joachim Kieninger

ab 17.50 Uhr

Herr Klaus Lauble  
Frau Mareen Simon  
Herr Lennart Broghammer

Jugendgemeinderat  
Jugendgemeinderat

**Beamte, Sachverständige usw.**

Frau Blanka Amann  
Herr Giovanni Costantino  
Frau Tabea Epting  
Herr Alexander Tröndle

**Schriftführer**

Frau Nicole Dorer

**ABWESEND:**

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Peter Fichter	entschuldigt
Herr Markus Schwarzwälder	entschuldigt
Herr Andre Müller	entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 06.11.2025 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

## 1 Fragestunde für Einwohner

---

### Protokoll:

- a) Herr Heinzmann erkundigt sich nach dem Stand beim Ausbau der LED-Straßenbeleuchtung.  
Stadtbaumeister Tröndle antwortet, allein auf die Zusage des Förderantrags habe die Stadtverwaltung zwei Jahre warten müssen. Seit diesem Sommer sei der Energiemanager bei der Stadtverwaltung beschäftigt und das Gesamtpaket LED-Straßenbeleuchtung sei sein Projekt. Derzeit würde die Ausschreibung vorbereitet. Die Ausschreibung werde demnächst veröffentlicht.
- b) Frau Mauch fragt nach, was der Anlass für die Erhöhung der Hundesteuer gewesen sei und warum in St. Georgen eine Kampfhundesteuer eingeführt werde. Sie sehe das sehr kritisch, da dann die Hunde aus dem Tierheim keine Chance mehr hätten, untergebracht zu werden. Die Erhöhung der Hundesteuer treffe vor allem Senioren, für die die Steuer kaum bezahlbar sei.  
Bürgermeister Rieger teilt mit, er werde die Antwort im Rahmen seiner Haushaltsrede und auch beim Tagesordnungspunkt selbst geben
- c) Herr Gerell fragt nach, ob in St. Georgen ehrenamtliche Bauherrencops eingesetzt werden könnten.  
Bürgermeister Rieger entgegnet, dies sei nicht erforderlich. In St. Georgen erfolgten regelmäßig Finanzprüfungen und Haushaltsüberwachungen. Auch der Gemeinderat habe ein Kontrollfunktion.

## 2 Bekanntgaben, Verschiedenes

---

### Protokoll:

- a) Stadträtin Erchinger informiert über die Kooperation der Freien Wähler mit der Robert-Gerwig-Schule. Es sei ein Kalender mit Bildern der Stadt St. Georgen aus Kinderaugen entstanden, der kommenden Samstag im EDEKA verkauft werde. Die Ausgaben für den Kalender würden die Freien Wähler tragen, die Einnahmen erhalte die Ganztageschule für ihre Projekte.
- b) Jugendgemeinderat Lennart Broghammer führt aus, der Jugendgemeinderat habe sich an einer Baumpflanzchallenge beteiligt und den Gemeinderat nominiert. Dieser solle in den nächsten acht Tagen in St. Georgen einen Baum pflanzen.

### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 22.10.2025**

---

#### **Protokoll:**

Der Gemeinderat hat der Sanierung einer Brunnenleitung durch die Gemeinde Mönchweiler in Kooperation mit den Stadtwerken St. Georgen zugestimmt.

### **4 Haushalt 2026; Vorstellung des Entwurfs und 1. Beratung**

---

#### **Protokoll:**

Bürgermeister Rieger erläutert, heute werde er den Haushalt einbringen und Kämmerin Amann diesen mit Zahlen belegen. In der Sitzung am 10.12.25 würden die Haushaltsreden der Fraktionen folgen und die eingegangenen Anträge eingearbeitet, so dass am 10.12.25 der Haushalt beschlossen werden könne.

Bürgermeister Rieger führt den Haushalt 2026 ein und nennt ihn als Richtungsweiser:

#### **Es gilt das gesprochene Wort**

Wir haben heute die Vorstellung des Haushalts für das Jahr 2026 auf der Tagesordnung. Beschließen wollen wir ihn dann am 10. Dezember, wenn Sie sich in Ihren Fraktionen damit beschäftigt und Ihre Haushaltsreden gehalten haben.

Unser Haushaltsplan ist fast 600 Seiten dick und er ist gefüllt mit vielen Vorhaben und vielen hohen Beträgen. Er zeigt uns an, wohin wir 26/27 steuern wollen, er zeigt uns die Prioritäten, die wir uns gesetzt haben, denen übrigens zum Teil sehr lange und intensive Planungsphasen vorausgehen. Er zeigt uns aber auch, welche Herausforderungen in der Umsetzung der Projekte auf uns warten. Er ist zugleich auch ein Abbild dessen, bei welchen Standards wir mittlerweile angekommen sind und welche Erwartungshaltungen wir bedienen müssen oder bedienen sollten.

Er ist aber auch ein Hinweis darauf, was eine Stadtverwaltung zu leisten bereit ist, er zeigt, ob ein Gemeinderat (GR) an die Zukunft glaubt und ob man in etwas schwierigeren Zeiten verzagt, oder ob man handelt und selbst die Ärmel hochkrempelt!

Derzeit liest und hört man ja überall von der schwierigen Lage – in der Welt, in Deutschland ganz besonders und auch bei uns vor Ort. Ja, es stimmt, wir erleben gerade eine Zeit, in der sich vieles rasant verändert, andere Länder dabei sind, uns zu überholen und sich wirtschaftliche Unsicherheiten sowie ein gesellschaftlicher Mentalitätswandel gleichzeitig breitmachen.

---

Das gab es in dieser Art und Weise schon lange nicht mehr. Konjunkturelle Krisen oder Schwierigkeiten am Finanzmarkt hat man immer mal wieder und das war immer hinzubekommen. Aber derzeit scheint es so, als sei ein Teil unseres Landes hier und da in Schockstarre verfallen.

Im ganzen Land geraten Firmen in Schwierigkeiten, zum Teil in sehr erhebliche, egal ob groß, ob klein, ob Weltmarktführer oder nicht. Manche müssen schließen, andere verlagern ihre Produktion aufgrund der Rahmenbedingungen, die ihnen -so ist es jedenfalls oft zu lesen- in Deutschland nicht mehr zusagen, ins europäische Ausland oder entlassen massenweise Personal. Wieder andere halten noch durch, aber auf teilweise schwachem Nachfrageniveau. Anderen wiederum geht es gut, sie glauben an den Standort Deutschland, haben längst auf Veränderungen reagiert und sich auf die geänderten Rahmenbedingungen eingestellt.

Allerdings macht die Situation auch vor ganz großen Namen nicht Halt. Die Gründe sind sehr vielfältig.

Vorgebracht werden u.a. enorm gestiegene Kosten für Energie und für die Energiewende, gleiches gilt für Lohnkosten, rapide gestiegene Kosten und Auflagen im Bausektor, Zinssteigerungen, bürokratische Hürden und vieles mehr. Einige Firmen klagen zudem über nachlassende Leistungs- und Arbeitsbereitschaft. Wenn man dann noch die täglichen Nachrichten verfolgt, hört man auch fast überall das Gleiche: sehr schwierige Zeiten, wirtschaftlicher Druck, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Unsicherheit durch Kriege, Sparzwänge und Fachkräftemangel und vieles mehr.

Und ja – auch wir hier in unserer Stadt spüren die Auswirkungen.

Die Rahmenbedingungen sind härter geworden, der Ton wird hier und da rauer. Das ist kein klagen, das sind die Tatsachen. Die Ersten scheinen schon jetzt ihre Nerven zu verlieren, wenn man beobachtet, wie hier und da miteinander umgegangen wird.

Die einen warten nun, wie es weitergeht, so nach dem Motto, irgendwer wird´s schon richten, andere sagen, nichts sei mehr so, wie es mal war und wie wir es uns wieder herbeisehnen. Trotzdem sei die Frage erlaubt, ob früher wirklich immer alles besser war. Wir können auch wieder gute Zeiten vor uns haben. Das liegt zum Teil auch an uns selbst.

Um auf den Haushalt zurück zu kommen: Unser Spielraum für Investitionen geht in Zukunft erst einmal deutlich zurück, während die Aufgaben mehr werden. Darauf weisen wir Bürgermeister seit Jahren hin. Zum Glück haben der Bund und das Land reagiert und für uns Kommunen gewisse Entlastungen beschlossen, die uns in dieser Hinsicht zuversichtlicher machen können.

Aber gleichzeitig wachsen die Erwartungen an uns Städte und Gemeinden: noch mehr Leistungen, noch mehr kommunale Unterstützung, am besten kostenloses Parken, niedrigste Gebühren und niedrige Eintrittsgelder, ebenso niedrige Steuersätze, noch bessere Straßen, Parkplätze direkt vor dem Arbeitsplatz, möglichst keine Baustellen, moderne Schulen, gute Ganztages- und Kinderbetreuung, Digitalisierung und Glasfaserausbau,

---

Klimaschutz, aber dabei bitte keine Einschränkungen, Steigerung der Lebensqualität in fast jedweder Form und alles sofort und umfassend und ohne Beeinträchtigungen. Und wenn wir nicht so funktionieren, wie einzelne sich das vorstellen, werden wir zum Teil angegangen.

Das ist dann immer der einfachste Weg! Wenn sich an dieser Situation und an dieser Haltung nicht recht bald etwas ändert, wenn wir es nicht schaffen, die Ansprüche endlich mal etwas herunterzuschrauben und vielleicht auch mal bereits sind, wieder selbst Hand anzulegen, sich selbst zu kümmern, um seiner Stadt zu helfen, dann werden wir Städte und Gemeinden recht bald zum klassischen Verwalten des Bestandes gezwungen. Für „Gestaltung“ bleibt dann kaum noch etwas übrig, weil wir uns das alles nicht mehr leisten können.

Wir können auch nicht immer mit dem Finger auf die große Politik zeigen, wir müssen schon auch bereit sein, etwas beizusteuern, damit eine Stadt handlungsfähig bleibt.

Alle Bereiche sind wichtig. Die Themen sind auch uns vor Ort im GR wichtig und wir sind hier im Gremium immer bestrebt, über die Parteigrenzen hinweg, stets das Wohl der gesamten Stadt im Auge zu behalten.

Leider, ich muss sagen leider, gibt es aber mittlerweile Leute, die nur noch sich sehen und denen mittlerweile fast jedes Mittel recht ist, den Fokus auf sich zu lenken.

Alles was wir tun und was wir hier in dieser Stadt vorhalten, das alles kostet viel, viel Geld. Ich habe den Eindruck, dass manche gar nicht sehen wollen, was wir hier in St. Georgen alles bieten, unterhalten und geschaffen haben!

Wir als Stadt und GR müssen die Gesamtheit betrachten, müssen Prioritäten setzen, die Rahmenbedingungen im Auge behalten und vor allem die möglichen Fördertöpfe anzapfen. Das muss dann alles ineinanderpassen. Wir müssen Ruhe bewahren und dürfen uns nicht beirren lassen. Und eine Entscheidung für das Eine ist keine Entscheidung gegen das Andere, es geht halt einfach nicht anders.

Ich erinnere mit aller Deutlichkeit daran: Wir können kein Geld drucken und wir verkaufen keine Waren, mit denen wir Millionen verdienen können, sondern wir müssen unsere Stadt mit dem Geld managen, das wir überwiegend über Steuern, Fördergelder und Zuweisungen einnehmen. Und da sind halt auch unsere Bürgerinnen und Bürger gefordert.

Das scheint mir immer wieder in Vergessenheit zu geraten. Wenn wir alles gleichzeitig machen wollten, weil hier und da keine Bereitschaft und kein Verständnis besteht, dass man auch mal warten oder sich selbst helfen muss, dann müssten wir unsere lieb gewonnenen freiwilligen Leistungen einfrieren oder merkbar reduzieren und gleichzeitig deutlich, ja sogar sehr deutlich für höhere Einnahmen sorgen, was dann aber ebenso deutlich an den Geldbeutel der Bürger gehen würde.

---

Wir versuchen immer, die Belastungen so lange wie möglich so gering wie möglich zu halten!

Genau diese Kombination – wirtschaftlicher Druck, steigende Aufgaben und eine wachsende Anspruchshaltung – stellt Städte und Gemeinden in ganz Deutschland vor enorme Herausforderungen. Auch uns! Wir spüren das unmittelbar und müssen mit diesem Wandel klarkommen.

Nicht immer stoßen Einsparungsgedanken auf Verständnis. Ebenso wenig notwendig werdende Gebühren- oder eventuelle Steueranpassungen.

Ich musste kürzlich in einem Gespräch wirklich sehr lange erklären, warum wir in unseren Bädern die Eintrittsgelder erhöhen mussten. Ich stieß auf null Verständnis. Ich erinnerte daran, dass Hallenbad und Klosterweiher ein jährliches Minus von ca. 800.000 bis 900.000 Euro verursachen. Wir bezuschussen somit jede Eintrittskarte mit einem deutlichen zweistelligen Betrag.

Oft entsteht bei mir der Eindruck, nur das sei gut, was nichts kostet und am besten solle alles in der Stadt umsonst sein. So funktioniert das Modell Stadt nun mal nicht.

Die Leistungen und Einrichtungen einer Stadt gibt es nicht zum Nulltarif, so wenig wie es den Eintritt in ein Erlebnisbad oder in Erlebnisparks kostenlos gibt, gleiches gilt für die Liftkarte beim Ski fahren oder die Nutzung eines Parkhauses oder einer Tiefgarage.

Man bezahlt etwas und bekommt dafür eine Gegenleistung. Nicht anders läuft es in einer Stadt! Manche Ansprüche gehen deutlich über das Machbare hinaus.

Ich las diese Tage zwei Leserbriefe in einer Kreisstadt im näheren Umfeld. Dort ging es im ersten Leserbrief um die Erhöhung der Parkgebühren, auch sonntags. (Bei uns ist nur das Parken in der TG kostenpflichtig, 50 Cent die halbe Stunde!). Es gab dann natürlich Kritik an den Parkgebühren und den Hinweis, dann fahre man halt künftig in andere Städte zum Einkaufen. Im zweiten Leserbrief stand dann als Überschrift: „Ein Euro ist keine Kröte, sondern eine Kaulquappe“.

Begründet hat die Leserbriefschreiberin das damit, dass die Kritiker dann lieber in eine andere Stadt fahren, um dort Parkgebühren zu entrichten, anstatt die eigene Stadt zu unterstützen. Endlich mal der richtige Blick auf die Tatsachen. Wir in St. Georgen bieten all das immer noch überwiegend kostenlos an!

Kommunale Angebote entstehen und bestehen nur durch einen enormen Kostenaufwand – und unsere Stadt ist darauf angewiesen, dass alle ihren Anteil leisten. Wir versuchen zwar laufend, diese Anteile für die Bevölkerung gering zu halten. Aber manchmal ist schon auch die Frage erlaubt, was ist denn die Stadt manchen unserer Bürgerinnen und Bürgern wert? Warum stößt man auf so wenig Resonanz, wenn man hier für eine konkrete Leistung etwas bezahlen muss?

Wir sollten und könnten eigentlich mit Stolz auf das blicken, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam im Gemeinderat auf den Weg gebracht haben und zwar ohne, dass wir an der Steuerschraube gedreht haben. Wir sollten uns zudem in Erinnerung rufen, was Bürgerinnen und Bürger immer wieder leisten, dass wir beispielsweise die Minigolfanlage in einem Bürgerprojekt, mit Unterstützung örtlicher Firmen, neu angelegt haben oder erst vor wenigen Jahren den Grillplatz im Röhlinwald mit dem Förster und Bürgern neu anlegen konnten. Da haben Bürger für andere Bürger Hand angelegt, Kosten für die Allgemeinheit reduziert und etwas für's Miteinander geleistet.

Nicht zu vergessen sind die Vereine, die mit viel Eigenleistungen Investitionskosten gesenkt und somit Zuschüsse der Stadt unterstützt haben. Das waren tolle Projekte und so könnte es gerne öfters laufen.

Generell kann ich aber sagen, dass unsere Stadt seit langem auf sicheren Beinen steht, was daran zu erkennen ist, **dass wir in den letzten 15 Jahren unsere Schulden im Kernhaushalt abgebaut haben** – kontinuierlich, mit Weitblick und Konsequenz auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Das fand jedoch nie **Beachtung!**

Und das, obwohl wir viel, sogar sehr viel investiert haben: in unsere Schulen und Kindergärten, auch wenn so genannte erfahrene Kenner der Materie gerne das Gegenteil behaupten, zudem in die Stadtsanierung, in unsere Straßen und in das, was die Zukunft zusätzlich braucht – ein leistungsfähiges Glasfasernetz (mittlerweile über sieben Millionen Euro Anteil der Stadt), überwiegend kostenlos für alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir leisten uns Dinge, die keine Selbstverständlichkeit sind: Während andernorts Schwimmbäder geschlossen wurden, haben wir für ca. 10 Millionen Euro das Hallenbad und den Klosterweiher saniert. Für Schwimmkurse gibt es in St. Georgen eine Warteliste von über 500 Kindern, über 300 davon kommen aus anderen Gemeinden, weil es aus Kostengründen kaum noch Hallenbäder im Umland gibt. Wir halten an unseren Bädern fest. Wir haben unsere Innenstadt modernisiert bzw. modernisieren sie noch. Das machen wir doch nicht für uns! Wir verlegen überwiegend kostenlos Glasfaser bis an jedes Haus und jeden Hof, sofern die rechtlichen Gegebenheiten dafür vorliegen.

Mittlerweile ist die Stadt dafür zuständig, dass das, was früher mal Antenne oder Satellitenschüssel hieß, jetzt in Form von Glasfaser von uns bezahlt wird, nicht mehr vom Nutzer.

Außerdem wurden Industriebrachen sinnvoll umgenutzt, unsere Vereine sehr gerne großzügig unterstützt, bspw. mit Kunstrasenplätzen oder Sanierungszuschüssen, und Millionen in die Infrastruktur investiert – und nochmal, das alles, während wir gleichzeitig Schulden abgebaut haben. Leider scheint aber immer nur das Negative populär zu sein!

---

Nun schlägt das Pendel verständlicherweise in die andere Richtung aus und das wird, da bin ich mir sicher, Erwähnung finden. Aber: Ich mache mir keine Sorgen!

Die nächsten Jahre erfordern erneut dringend erhebliche Investitionen, um unsere Stadt zukunftsfest aufzustellen, weitere ca. fünf Millionen fließen in die Fortführung der dringenden Innenstadt- und Rathaussanierung. Letzteres ist ein modellhaftes Projekt, was vielerorts Anerkennung findet. Und bei uns?

Diese Vorhaben und Maßnahmen sind Investitionen in die Zukunft. Wir sollten uns daran erinnern, in welchem Zustand die Innenstadt nach über 50 Jahren war und wie es langsam besser wird. Bei der Gerwigschule (RGS) waren wir seit 2019 an der Planung und Ausschreibung und werden in der kommenden Sitzung das umsetzen, was seit langem bekannt war, aber keine Erwähnung fand.

Über acht Millionen investieren wir die nächsten Jahre in die Sanierung der RGS. Bevor sich aber die anonymen Schreiberlinge auf die Schulter klopfen und sagen, „dem haben wir´s gezeigt, man muss nur öffentlich und anonym Druck aufbauen, dann läuft´s“: Ihnen sei gesagt: Nein, Sie sind nicht der Grund. So schnell könnte das alles gar nicht geplant und europaweit ausgeschrieben werden. Ich verweise gerne auf den Schluss meiner Ausführungen.

Wichtig ist: Den jetzt geplanten Krediten stehen Investitionen und somit Werte gegenüber. Verbindlichkeiten zu haben, ist kein Beinbruch – jeder private Investor oder Häuslebauer weiß, dass größere Investitionen nun einmal finanziert werden müssen.

Unsere Kredite stehen für Schulen, Kindergärten, Infrastruktur, für Lebensqualität und auch für Straßen. Ja, wir sanieren auch regelmäßig Straßen, für viele Millionen Euro. Hier ein kleiner Auszug: Bärenplatz, Teile der Bahnhofstraße, Spittelbergstraße, Wiesenstraße, Am Sommerain, Sommerauer Straße, Hof- und Felderschließungen usw. Weitere Straßen sind im Haushalt 2026/27 vorgesehen. Ebenso Investitionen in die Abwasserbehandlung oder in unsere Feuerwehr.

Wir handeln zudem antizyklisch – das heißt: Wir investieren in einer Phase, in der die Wirtschaft es braucht. Wir bringen Geld in den Umlauf, vergeben Aufträge auch an unsere regionale Wirtschaft, wir unterstützen somit den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Und: Wir erhöhen Gebühren und eventuell Steuern mit viel Augenmaß. Wir federn die Belastungen ab, wo wir können, und behalten dabei immer im Blick, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zu sehr belastet werden. Aber ich muss an dieser Stelle auch an die Bürgerinnen und Bürger appellieren, auch auf unsere Bedarfe Rücksicht zu nehmen.

Ich habe vorhin erwähnt, woher unser Geld kommt bzw. kommen muss. Auch wir sind darauf angewiesen, dass man uns unterstützt, um die zahlreichen Aufgaben geschultert zu bekommen. Es nützt nichts und ist zudem ein zu billiges Argument, wenn es wieder heißt, für den Rathauspalast und

---

den Roten Löwen haben sie Geld, für uns nicht. Alles hier ist und gehört nun mal zur Stadt. Und wir im GR haben 23 Stimmen und entscheiden nach bestem Wissen und Gewissen und wir stehen hinter unseren Entscheidungen.

Ich wiederhole: Wir haben all die Jahre gezeigt, dass wir mit unseren Finanzen verantwortungsvoll umgehen können. Wir wissen, wie man Verbindlichkeiten abbaut – und wir wissen auch, wann man wo investieren muss, gerade auch in schwierigen Zeiten. Wenn wir das nicht tun, machen wir Schritte zurück und zwar mit allen Konsequenzen.

Wir haben heute einen den Verhältnissen entsprechend guten Haushalt vor uns liegen. Allerdings können wir kaum Prognosen für Folgejahre abgeben. Früher planten wir in fünf Jahres Schritten. Das ist aufgrund der geänderten Lage kaum noch möglich. Aber so wie es aussieht, können wir den Ergebnishaushalt trotz dieser Rahmenbedingungen knapp ausgleichen. Das werden wir dann am 10. Dezember sehen, wenn wir eventuelle Veränderungen und Anträge eingebaut haben. Ob wir Steuern dennoch leicht anpassen müssen, werden wir dann sehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, vor allem nicht in der heutigen Zeit!

Lassen Sie uns also mit Zuversicht nach vorne schauen und helfen Sie, die Bürgerinnen und Bürger, mit, dass wir das alles hinbekommen. Unsere Stadt ist es wert, dass wir uns für sie einsetzen. Wir haben oft genug gezeigt, dass wir gerade in schwierigen Zeiten Vieles hinbekommen haben. Und auch wenn die kommenden Investitionen groß sind – sie sind Ausdruck von Mut und Willen, etwas gegen die schwierigen Zeiten zu tun. Sie sind nicht Ausdruck von Problemen und vom „Kopf in den Sand stecken“.

Deshalb bin ich überzeugt: Wir sind weiter auf dem richtigen Weg, wir haben eine Bürgerschaft, die am Ende bis auf Einzelne immer zusammensteht, wenn es darauf ankommt. So kenne ich unsere Stadt und das sollten wir uns nicht kaputt machen lassen.

Wir werden diesen Krisenzeiten nicht ausweichen können, aber wir können versuchen, uns der Situation zu stellen. Packen wir es also an. Mit Zuversicht, dem nötigen Respekt vor der Situation und mit dem Willen, das Beste daraus zu machen.

**Und nun noch ein paar Worte an die Leute**, die die letzten Wochen meinen, meine Person durch den Kakao ziehen zu müssen oder uns durch andere gezielte Maßnahmen ausbremsen zu wollen: An Sie alle, unsere anonymen Berichterstatter\*Innen, die immer schon vorher wussten, wie man es hätte besser machen können: Zuerst kam die anonyme Kritik zu meinem Alter und zur Rathaussanierung. Ich sei zu alt für eine dritte Amtszeit – ich wurde mit Joe Biden verglichen, Danke dafür! Er war mir jedenfalls lieber, als andere Staatsmänner, die derzeit am Ruder sind und mal ehrlich: Ist es denn nicht diskriminierend, wenn man über 60ig-jährige als zu alt für einen verantwortungsvollen Posten bezeichnet?

Was fällt Ihnen eigentlich ein, so über älter werdende Menschen zu sprechen und zu schreiben? Haben Sie eigentlich jeglichen Respekt verloren? Ich denke schon. Man kann ja sagen, als Bürgermeister muss man auch so etwas aushalten. Darum geht es nicht, es geht einfach um Unver-

---

schämtheiten und Niveaulosigkeit! Und dann ist eine Grenze erreicht.

Und jetzt, nachdem ich den Haushalt eingebracht habe, werden Sie sich vermutlich mit Ihrem großen Fachwissen auf unsere Finanzen und weiteren Vorhaben stürzen.

Sie scheinen sehr viel Zeit zu haben. Offenbar gibt es Menschen, die wirklich nichts oder nichts mehr zu arbeiten haben.

Wahrscheinlich können Sie alles besser, wenn sie sich denn nur trauen würden, vorne hinzustehen, auch wenn´s mal schief läuft und dann so einen Job zu machen. Es steht Ihnen frei, sich irgendwo mal als Bürgermeister oder Bürgermeisterin zur Verfügung zu stellen. Ich kann es Ihnen wirklich ans Herz legen. Sonst erfahren Sie nie, was wirklich hinter diesem Beruf steckt.

Wie ich es am Volkstrauertag schon gesagt habe: Das wirkliche Problem in der heutigen, eher schwierigen Zeit ist, dass in vielen Teilen der Welt Menschen in Kriegen durch Kanonen, Raketenangriffe oder Gewehrkugeln sterben und die Verrohung generell zunimmt.

Aber im vorliegenden Fall ist es einfach nur noch traurig, dass man in diesen schlimmen Zeiten im wahrsten Sinne des Wortes auch aus der sicheren Deckung auf andere schießt, aber nicht mit Munition, sondern mit gezielten Worten auf sozialen Medien, versteckt hinter dem Datenschutz und hinter falschen Namen oder Namenskürzeln. Das ist das Bedenkliche an der Geschichte.

Also: Machen Sie mich weiterhin schlecht. Wir gehen dagegen weiterhin unserer Arbeit nach – ich persönlich weiterhin mit Zuversicht und Freude, daran ändern Sie nichts. Wir tun etwas und gestalten die Zukunft.

In diesem Sinne: Lassen wir uns nicht beirren, bleiben wir zuversichtlich – und behalten wir trotz solcher Leute unsere gute Laune.

Kämmerin Amann beginnt mit den vorgesehenen Planungen im neuen Haushalt, in dem die Erhöhung der Hundesteuer, aber keine weiteren Steuererhöhungen eingeplant seien. Die pauschalen Ansätze für die Straßenunterhaltung würden nicht gekürzt, ebenso die Schulmittel nicht. Eine Kreditaufnahme in Höhe von 12,4 Mio. Euro sei für 2026 vorgesehen.

Der Haushaltsplan sehe ordentliche Erträge in Höhe von 41.948.352 Euro vor. Nach Abzug der ordentlichen Aufwendungen ergebe sich ein ordentliches Ergebnis in Höhe von minus 1.085.278 Euro. Nach Berücksichtigung des Sonderergebnisses plane sie das Gesamtergebnis für den Haushalt 2026 mit minus 1.231.178 Euro ein.

Auf der Einnahmenseite würden 4.537.152 Euro mehr stehen, die durch Mehr- bzw. Mindereinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer, beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, durch Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich, durch den Umsatzsteueranteil, sonstige Steuern und Kurtaxe, durch die kommunale Investitionspauschale, den Kindergartenausgleich, durch Erlöse aus dem Holzverkauf, durch Eintrittsgelder und Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, durch Auflösung von Sonderposten, Zuschüssen und Beiträge sowie durch Finanzerträgen zu-

standekämen.

Auf der Ausgabenseite ergebe sich ein Minderaufwand von 206.695 Euro durch den Personalaufwand, Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, Unterhaltung von Busanlagen, Ortsstraßen, Straßenbeleuchtung und Kläranlage, Erwerb geringfügiger Wirtschaftsgüter, Mieten und Pachten, Gebäudebewirtschaftung, planmäßige Abschreibungen, Zuschüsse an die ev. Kindergärten, Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage, Kreisumlage sowie Zuschüsse an die Stadtwerke.

Als nachträgliche Änderungen im Ergebnishaushalt nennt sie einen verringerten Zuschuss zur Schulsozialarbeit von 20.500 Euro, eine Veränderung beim Kindergartenlastenausgleich von + 346.000 Euro sowie einen geringeren Finanzausgleichszuschuss von -435.300 Euro.

Im Finanzhaushalt ergebe sich eine Veränderung des Finanzmittelbestandes von 1.503.028 Euro und eine Liquidität zum Jahresende 2026 von 1.136.756 Euro.

Als hauptsächliche Investitionen über 50.000 Euro seien im Haushalt 2026 vorgesehen:

- |   |             |
|---|-------------|
| • Ersatzbeschaffung Schlauchwagen SW 1000                 | 390.000 €   |
| • Erweiterung Feuerwehrhaus                               | 650.000 €   |
| • Elektrosanierung Rupertsbergschule netto                | 592.000 €   |
| • Gesamtsanierung Robert-Gerwig-Schule<br>5.500.000 €     |             |
| • Rathaussanierung netto                                  | 5.330.000 € |
| • Nachrüstungen RÜB                                       | 95.000 €    |
| • RBF (Retentionsbodenfilter) Rötzenwiesen                | 1.621.000 € |
| • Optimierung Abwasseraufbereitung                        | 1.300.000 € |
| • Kostenbeteiligung an Investition Kläranlage Tennenbronn | 574.600 €   |
| • Sanierung größerer Abschnitte mit Inlinerverfahren      | 320.000 €   |
| • Erneuerung Brücke Am Schoren brutto                     | 95.000 €    |
| • Erneuerung Brücke b. Untertal 10 Brigach                | 230.000 €   |
| • Ausbau Johann-Seb.-Bach-Str. 1-39                       | 360.000 €   |
| • Ausbau Rosenweg + Winterbergstraße 2-14 mit Bel.        | 368.000 €   |

Nachträglich wurden im Finanzhaushalt die Mittel für das Feuerwehrgerätehaus geändert. Hier wurde lediglich eine Planungspauschale von 150.000 Euro statt Baukosten in Höhe von 650.000 Euro vorgesehen. Weiter wurde kein Zuschuss für die Brückensanierung in Brigach gewährt, was

---

den Haushalt um 39.500 Euro verschlechtert.

Beim Wirtschaftsplan der Stadtwerke werden für im Jahr 2026 für die Wasserversorgung 24.000 Euro eingeplant, für die Photovoltaik 15.000 Euro, für die Tiefgaragen -413.000 Euro und für die Breitbandversorgung -149.000 Euro, was ein Gesamtergebnis für die Stadtwerke von -523.000 Euro ergebe.

In die Wasserversorgung investieren die Stadtwerke 2,6 Mio. Euro und in die Photovoltaik 760.000 Euro. Für die Tiefgaragensanierung im Rathaus würden 2,06 Mio. Euro und für den Breitbandausbau 1,3 Mio. Euro vorgesehen.

Stadträtin Erchinger erkundigt sich, wie hoch die Leihgebühren für die Kehrmaschine seien. Die Neuanschaffung des Unimogs in Höhe von 600.000 wurde im Haushalt 2026 gestrichen.

Stadtbaumeister Tröndle erkundigt sich und gibt dem Gemeinderat Bescheid.

Stadtrat Rieger erkundigt sich nach dem Stand beim Ökokonto.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert, hierbei handle es sich um ein baurechtliches Ökokonto. Die Punkte könnten nicht verkauft werden und somit würde dieses Konto auch nicht im Haushaltsplan abgebildet. Durch Ausgleichsmaßnahmen könnten Punkte angesammelt werden, die dann für andere Maßnahme als Ausgleich dienen. Z.B. das Pilotprojekt Vernässung im Gebiet Nasse Hecken ergebe einiges an Punkten, die bei anderen vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen angewandt werden könnten.

Stadträtin Erchinger bittet die Verwaltung, sich bei der Bürgerstiftung um einen Zuschuss zum Erwerb eines neuen Trampolins für den Klosterweiher zu bemühen.

Ortsvorsteher Lauble bittet, die Verfügungsmittel wieder auf das alte Level zu setzen. Im Entwurf seien für Brigach und Peterzell gekürzte Mittel vorgesehen.

Bürgermeister Rieger erklärt, dies sei ein Vorschlag in der Klausurtagung gewesen, der für 2026 umgesetzt werde.

---

**5 Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung) zum 01.01.2026**  
**Vorlage: 110/25**

---

**Protokoll:**

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Es gebe sehr viele verantwortungsvolle Hundehalter aber auch solche, die ordentliche Kosten verursachen, z.B. durch Bauhofleistungen beim Leeren der Hundemülleimer. Seit dem Jahr 2010 sei die Hundesteuersatzung nicht mehr angepasst worden. St. Georgen müsse Einnahmen generieren und ein Stückweit gehöre hier

---

auch die Hundesteuer dazu. In der Gemeinderatsklausur wurde der Vorschlag der Erhöhung eingebracht. Der Durchschnitt der Hundesteuer in den umliegenden Gemeinden liege bei 117,16 Euro. Eine Anpassung alle zwei Jahre wäre sicher sinnvoller, als eine hohe Anpassung alle 15 Jahre. Es könne aber nicht funktionieren, die Bürger beim Generieren von Einnahmen ganz außen vor zu lassen. Zum Thema Kampfhunde erklärt er, sei es ganz einfach so, dass die Stadt vermeiden wolle, dass sich jemand einen Kampfhund anschaffe.

Stadtrat Schwarz erklärt, entgegen seiner ursprünglichen Einschätzung zu Beginn des Jahres, in der er die Erhöhung der Hundesteuer befürwortete, – allerdings aus der Sicht eines Nicht-Hundebesitzers und mit begrenztem Wissen über die Thematik – sei er, nach etwas intensiverer Auseinandersetzung und mehreren Gesprächen, zu einer anderen Bewertung gelangt. Die Hundesteuer sei eine sogenannte Aufwandsteuer, die von der Gemeinde erhoben werden könne, jedoch nicht erhoben werden müsse. Der Begriff „Aufwand“ beziehe sich hierbei nicht auf die Kosten, die der Gemeinde durch Hunde entstehen, sondern auf den über das übliche Maß hinausgehenden persönlichen Aufwand – in diesem Fall das Halten eines Hundes.

Umgangssprachlich wurde diese Steuerart (Aufwandsteuer) früher auch gerne mal als „Luxussteuer“ bezeichnet. Selbstverständlich spreche nichts dagegen, mit den Einnahmen aus der Hundesteuer gemeindliche Aufwendungen im Zusammenhang mit Hunden zu decken.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage, in der viele Bürger bereits erhebliche finanzielle Belastungen tragen müssten und keine Entspannung in Sicht sei, sehe er in einem Verzicht auf die Steuererhöhung ein wichtiges Signal.

Verwaltung und Gemeinderat könnten damit zeigen, dass sie nicht gewillt sind, den Menschen – entgegen dem Eindruck eines zunehmend übergriffigen Staates – auch noch den sprichwörtlich letzten Cent zu entziehen.

Voraussetzung bleibe selbstverständlich, dass die durch Hunde verursachten Kosten für die Gemeinde gedeckt würden. Zwar möge der Betrag von 24 Euro pro Jahr (z. B. für den ersten Hund) gering erscheinen – er entspreche jedoch einer Erhöhung von 25 %.

Demgegenüber stehe durch die Erhöhung ein erwarteter Mehrertrag von rund 19.000 Euro, was lediglich etwa 0,05 % des Haushaltsvolumens ausmache. Diese Summe ließe sich mit hoher Wahrscheinlichkeit an anderer Stelle einsparen.

Er habe in gewissem Maße Verständnis dafür, dass Luxus besteuert werde. Ein Hund jedoch sei für viele Menschen – insbesondere für ältere, alleinlebende Personen – kein Luxusgut, sondern ein treuer Begleiter und eine wichtige emotionale Stütze im Alltag. Auch dieser soziale Aspekt spreche aus seiner Sicht gegen eine Erhöhung der Hundesteuer.

Stadtrat Freischlader gibt Herrn Schwarz bei der sozialen Funktion Recht. Die entstehende Kosten würden in keinster Weise durch die Hundesteuer abgedeckt. Nach 15 Jahren sei es an der Zeit, die Steuer anzupassen. Natürlich könne die Frage gestellt werden, warum es keine Katzen- und Pferdesteuer gebe. Es gebe eben nur die Hundesteuer. Ein Problem sei auch, dass bei einer bevorstehenden Kreditaufnahme sehr wohl geprüft werde, ob die Einnahmenseite stimme und hier würde auf eine zusätzliche

---

Einnahme verzichtet, wenn nach 15 Jahren nicht erhöht würde. Zu den Kampfhunden erklärt er, gebe es den Wesenstest und wenn ein Hund diesen nicht bestehe, wolle er diesen auch nicht in St. Georgen haben.

Stadträtin Erchinger hat keine Probleme mit der Erhöhung. Es sei aus der Tabelle ersichtlich, dass St. Georgen im Mittelmaß liege. Die Gebühren seien an den Aufwand anzupassen. Der Einführung der Kampfhundsteuer stimme sie voll zu. Insgesamt dürfe eine Gebühr nach 15 Jahren sehr wohl erhöht werden und umgerechnet sei die Erhöhung 2 Euro pro Monat, was nicht zu hoch sei.

Stadträtin Heinzmann kann bei der Kampfhundsteuer mitgehen. Schade findet sie, dass es sich um keine zweckgebundene Steuer handle. Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei sicher höher, würde ein Teil der Steuer an ein Tierheim abgegeben. Zudem finde sie den Betrag von 15 Euro für eine verlorene Hundemarke als zu hoch. Dies empfinde sie wie einen Strafzettel.

Herr Costantino weist darauf hin, dass es sich um einen hohen Verwaltungsaufwand bei den Hundemarken handelt.

Stadtrat Laufer gibt zu bedenken, dass mittlerweile sehr viele Hundetoiletten aufgestellt sein und der Aufwand für den Bauhof enorm hoch sei. Ein weiteres Problem sehe er für die Landwirte, die teilweise die Randflächen ihrer Grundstücke nicht mehr nutzen könnten, da hier die Tüten abgelegt würden. Er spricht sich für die Erhöhung aus.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer ab 01.01.2026.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 18  
Ablehnung: 1  
Enthaltung: 1

## **6 Rathaussanierung-Vergabe der Holzbauarbeiten Vorlage: 112/25**

---

### **Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Staiger vom Büro sutter<sup>3</sup> aus Freiburg.

Herr Staiger erläutert, die Teilbaufreigabe für den Abbruch liege vor, ebenso die Baugenehmigung. Die komplette Baufreigabe werde noch erarbeitet. Anhand von Fotos zeigt er den Fortschritt auf der Baustelle auf. 17 % der Gewerke seien vergeben. Die Vergabesumme liege aktuell 675.663

---

Euro unter dem Kostenvoranschlag. Die Korrektur der Kostenschätzung ergebe eine leichte Korrektur von 30.822.611 Euro auf 31.089.017 Euro. Zum heutigen Stand ergäben sich zusätzliche Mehrkosten in Höhe von 504.279 Euro.

Bei den Holzarbeiten wurde in einem nicht offenem EU-weiten Verfahren ausgeschrieben. Die erste Phase habe aufgehoben werden müssen, da nur zwei Firmen ein Angebot abgegeben hätten. Eine Firma hätte ausgeschlossen werden müssen und so hätte es keinen Wettbewerb gegeben. Bei der zweiten Ausschreibung seien vier Angebote eingegangen und die Kosten des günstigsten Bieters lägen 22 % unter der Kostenberechnung.

Zur Zeitschiene führt er aus, die Entrümpelung sei fertiggestellt und die Aufstellung des Gerüsts für den Fassadenabbau sei erfolgt, ebenso die Notabdichtung des Daches. Bis Ende April 2026 seien die Abbrucharbeiten geplant. Ab dem Winter 2025-2026 erfolgten die Rohbauarbeiten sowie die Betonsanierung der Tiefgarage. Ab Mai 2026 werde die Holzfassade aufgerichtet, es folgen die Dachabdichtung sowie die Blechnerarbeiten. Weitere Ausbaugewerke seien ab September 2026 vorgesehen. Der Wiedereinzug sei für Dezember 2027 geplant. Im Anschluss, im Frühjahr 2028, würden die Außenanlagen fertiggestellt.

Bürgermeister Rieger teilt mit, ab Januar 2026 erfolge der Holzeinschlag im heimischen Wald. Dies sei allen sehr wichtig gewesen und er lädt alle hierzu ein.

Stadtrat Rieger erkundigt sich, ob die Module von einem Schweizer Unternehmen hergestellt würden.

Herr Staiger antwortet, dies sei so geplant gewesen. Nun habe man auf ein deutsches Model umgeschwenkt. Die Gleichwertigkeit sei geprüft worden und gegeben.

Stadtrat Rieger fragt nach, warum in den Ausschreibungen Netto und Brutto unterschieden werde. Dies spiele für die Sanierung des Rathauses keine Rolle.

Stadtbaumeister Tröndle antwortet, dass es erst bei der Sanierung der Tiefgarage eine Rolle spiele, man aber sich dazu entscheiden habe, die Kosten das ganze Projekt hindurch in Netto und Brutto aufzuzeigen.

### **Beschluss:**

Im Zuge der Rathaussanierung erhält den Auftrag für das Gewerk Holzbauarbeiten die Firma Kaspar Holzbau GmbH, Schreiner gasse 6, 77793 Gutach in Höhe von 1.911.226,13 € brutto.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**7 Rathausanierung-Vergabe der Arbeiten für die Photovoltaikanlage an der Gebäudefassade**  
**Vorlage: 114/25**

---

**Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Staiger vom Büro sutter<sup>3</sup> aus Freiburg.

Herr Staiger erläutert, die Teilbaufreigabe für den Abbruch liege vor, ebenso die Baugenehmigung. Die komplette Baufreigabe werde noch erarbeitet. Anhand von Fotos zeigt er den Fortschritt auf der Baustelle auf. 17 % der Gewerke seien vergeben. Die Vergabesumme liege aktuell 675.663 Euro unter dem Kostenvoranschlag. Die Korrektur der Kostenschätzung ergebe eine leichte Korrektur von 30.822.611 Euro auf 31.089.017 Euro. Zum heutigen Stand ergäben sich zusätzliche Mehrkosten in Höhe von 504.279 Euro.

Zur Ausschreibung der Fassaden-PV-Elemente erläutert er das Ausschreibungsergebnis. Vier Angebote seien aus dem nicht offenen EU-weitem Verfahren eingegangen. Die Kosten liegen 3,8 % über der Kostenberechnung, da einige Dummies durch aktive PV-Paneeelen ersetzt wurden.

Zur Zeitschiene führt er aus, die Entrümpelung sei fertiggestellt und die Aufstellung des Gerüsts für den Fassadenabbau sei erfolgt, ebenso die Notabdichtung des Daches. Bis Ende April 2026 seien die Abbrucharbeiten geplant. Ab dem Winter 2025-2026 erfolgten die Rohbauarbeiten sowie die Betonsanierung der Tiefgarage. Ab Mai 2026 werde die Holzfassade aufgerichtet, es folgen die Dachabdichtung sowie die Blechenerarbeiten. Weitere Ausbaugewerke seien ab September 2026 vorgesehen. Der Wiedereinzug sei für Dezember 2027 geplant. Im Anschluss, im Frühjahr 2028, würden die Außenanlagen fertiggestellt.

Bürgermeister Rieger teilt mit, ab Januar 2026 erfolge der Holzeinschlag im heimischen Wald. Dies sei allen sehr wichtig gewesen und er lädt alle hierzu ein.

Stadtrat Rieger erkundigt sich, ob die Module von einem Schweizer Unternehmen hergestellt würden.

Herr Staiger antwortet, dies sei so geplant gewesen. Nun habe man auf ein deutsches Model umgeschwenkt. Die Gleichwertigkeit sei geprüft worden und gegeben.

Stadtrat Rieger fragt nach, warum in den Ausschreibungen Netto und Brutto unterschieden werde. Dies spiele für die Sanierung des Rathauses keine Rolle.

---

Stadtbaumeister Tröndle antwortet, dass es erst bei der Sanierung der Tiefgarage eine Rolle spiele, man aber sich dazu entscheiden habe, die Kosten das ganze Projekt hindurch in Netto und Brutto aufzuzeigen.

**Beschluss:**

Im Zuge der Rathaussanierung erhält den Auftrag für das Gewerk PV-Fassade die Firma Konvortec GmbH, Kapellenweg 64, 46514 Schermbeck in Höhe von 518.692,90 € brutto.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

---

**8 Anfragen aus dem Gremium**

---

**Protokoll:**

- a) Parkraumbewirtschaftung  
Stadtrat Freischlader fragt nach, warum noch die neuen Parkraumschilder abgedeckt seien.  
Bürgermeister Rieger antwortet, durch die Mängelbehebung in der Tiefgarage und die Bauarbeiten der EGT in der Gerwigstraße habe sich die Verwaltung entschlossen, die Parkraumbewirtschaftung bis Ende November 2025 auszusetzen. Aus diesem Grund seien die Schilder noch verhängen. Der HGV wurde darüber informiert. Dennoch seien letzte Woche Beschwerden eingegangen, dass es vermehrt Dauerparker in St. Georgen gebe.
- b) 30 km/h Bärenplatz/Hauptstraße  
Stadtrat Lobmeier erkundigt sich, wann die Verbindung 30 km/h in der Bahnhofstraße über Bärenplatz und Hauptstraße erfolge.  
Bürgermeister Rieger sagt zu, beim Landratsamt nachzufragen.
- c) Winterdienst  
Ortsvorsteher Lauble lobt den Post auf Crossiety über den anstehenden Winterdienst mit Link auf die Pflichten der Bürger
- d) Solarbeleuchtung Weidenbächle  
Stadtrat Santalucia gibt ein Lob aus der Bürgerschaft zu den neuen Solarlampen im Weidenbächletal weiter. Diese seien mit Bewegungsmeldern ausgestattet und funktionierten einwandfrei.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 8. Januar 2026